



Antrag

Vorlage-Nr.:	AT/0025/2013		Datum:	15.04.2013
Verfasser:	02-SPD-Ratsfraktion	Az:		
Gremienweg:				
06.06.2013	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	<input type="checkbox"/> ohne BE
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert
TOP	öffentlich	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen	
02.05.2013	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	<input type="checkbox"/> ohne BE
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert
TOP	öffentlich	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen	
Betreff:	Antrag der SPD-Ratsfraktion: Ortsbeiratswahlen in Koblenz			

Beschlussentwurf:

Der Rat möge beschließen,

die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen organisatorischen Maßnahmen in die Wege zu leiten, damit mit der Kommunalwahl 2014 flächendeckend in ganz Koblenz Ortsbeiräte gewählt werden können.

Begründung:

Seit der kommunalen Gebietsreform in Rheinland Pfalz gegen Ende der 60iger, Anfang der 70iger Jahre des vorigen Jahrhunderts gibt es in den eingemeindeten Stadtteilen von Koblenz Ortsbeiräte. Seit vielen Jahren wird immer wieder eine Gleichstellung aller Bürger in Koblenz diskutiert. Dabei wird ins Feld geführt, dass die Bürgerschaft in den Stadtteilen mit Ortsbeiräten deshalb bevorteilt sei, weil die den Stadtteil betreffenden kommunalen Fragen und Entscheidungen vor Ort behandelt werden können. Auch wird durch die Ortsbeiräte und die damit verbundenen Ortsvorsteher die Politik „der kurzen Wege“ eindrucksvoll gelebt. Damit kann ein weiterer entscheidender Beitrag zu mehr Partizipation der BürgerInnen realisiert werden.

Eine immer wieder in die Diskussion gebrachte Abschaffung der Ortsbeiräte in den betroffenen Stadtteilen ist rechtlich nur schwer durchsetzbar und muss von den jeweiligen Ortsbeiräten selbst beschlossen werden.